

Session der eidgenössischen Räte

Waffen - wo ist die pragmatische Mitte?

Schockierende Einzelereignisse bewirken stets Forderungen nach schärferen Gesetzen: Durch Straftäter auf Urlaub begangene Verbrechen hatten ein strengeres Verwahrungsrecht und eine erfolgreiche Volksinitiative zum selben Thema zur Folge, die tödlichen Bisse eines Kampfhundes lösten bis heute anhaltende Diskussionen über ein Verbot gewisser Rassen aus, und sich wiederholende Familientragödien beeinflussen die Revision der Waffengesetzgebung, die der Nationalrat am Mittwoch in Angriff nahm. Welche Massnahmen aber bringen mehr Sicherheit und sind gleichzeitig verhältnismässig?

Diskussionen darüber verlaufen emotional, weil Sicherheit ein subjektives Gefühl ist und gewisse Massnahmen eher der kollektiven Beruhigung als dem Schutz vor akuter Bedrohung dienen. Beim Umgang mit Waffen kommt hinzu, dass mitunter übertriebenes Traditionsbewusstsein die Debatte prägt und die praktisch konsequent zwischen den politischen Blöcken verlaufenden Fronten ein pragmatisches Vorgehen zusätzlich erschweren. Noch ist der Nationalrat bei den Beratungen der Revision nicht weit fortgeschritten, doch die Debatte verläuft nach altem Muster.

Auf der einen Seite die Traditionalisten, die den Waffenbesitz mit besonderem Stolz und Pathos verbinden, auf der anderen die Linke, für die sich ein liberales Waffengesetz mit der pazifistischen Grundhaltung nicht vereinbaren lässt: beste Voraussetzungen eigentlich für die Mitteparteien, um sich mit undogmatischen Positionsbezügen zu profilieren. Bereits in der Frage der Lagerung von Armeewaffen und Munition im Haushalt taten sich FDP und CVP indessen schwer - obwohl es sich dabei um ein Konzept handelt, das aus rationalen Gründen nicht mehr nötig ist. Bei der Behandlung des Waffengesetzes steht der nur knapp zustande gekommene Entscheid, die praktisch ausschliesslich als Mordinstrument zu verwendenden Pump-Actions weiterhin zuzulassen, für diese Zögerlichkeit.

SACHLICHE EUROPA-DEBATTE

Von beinahe erdrückender Sachlichkeit erwies sich dagegen die Diskussion über den Europabericht 2006, die der Ständerat am Mittwoch führte. Europapolitik ist zur nüchternen und von Realismus geprägten Interessenpolitik geworden, die keinerlei Anspruch mehr auf eine aktive Mitgestaltung eines europäischen Ganzen erhebt. Der Bilateralismus erweist sich als kleinster gemeinsamer Nenner auf einem Gebiet, das während Jahren das politische Geschehen dominierte und das Land in zwei Lager teilte. Schritt für Schritt integriert sich das Land nun auf bilateralem Weg im europäischen Umfeld, wobei selbst die Forderungen der EU-Befürworter nach mehr Mut etwas Ritualhaftes an sich haben. Solange die schweizerischen Interessen auf diese Weise

bestmöglich wahrgenommen werden können, wird und muss sich daran nichts ändern - wie schnell allerdings diese ruhige Ära zu Ende ist, ist nicht abzusehen.

dgy. (Flims)